

Jürgen Bellers

Der WDR und andere Katastrophen –
eine Analyse
der deutschen Medienlandschaft

Medienpolitik, Medienökonomie,
Mediengeschichte, Medienkonzentration,
Medieninternationale

Verlag T. Bantz GmbH

Der WDR und andere Katastrophen

Jürgen Bellers

**Der WDR und andere Katastrophen
– eine Analyse der deutschen
Medienlandschaft**

**Medienpolitik, Medienökonomie, Mediengeschichte,
Medienkonzentration, Medieninternationale**

Verlag Traugott Bautz

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Verlag Traugott Bautz GmbH
99734 Nordhausen 2015
ISBN 978-3-95948-023-9

Der WDR und andere Katastrophen – eine Analyse der deutschen Medienlandschaft

Medienpolitik, Medienökonomie, Mediengeschichte, Medienkonzentration, Medieninternationale

Jürgen Bellers

Inhaltsübersicht

Der WDR (5)

Ökonomie der Medien

Medien und Politik

Wettbewerbspolitik im Medienbereich

Internationalisierung der Medien?

Gibt es außerhalb der Medien eine Realität?!??

Literatur

Medien und Parteien (Texte)

Statistiken und Artikel



Daunier: Die Presse

Der WDR (5)

In diesem Beitrag will ich von etwas erzählen, was mich und andere seit langem irritiert. Es ist das, was mich seit meiner Geburt begleitet und über das ich daher mit der Erfahrung des Miterlebenden- und leidenden berichten kann. Ich wurde 1951 in einer evangelisch-reformierten Gegend bei Wuppertal, und zwar in Neviges, geboren. Neviges ist zwar ein katholischer Wallfahrtsort, aber mehrheitlich seit Mitte der 50er Jahre reformiert-pietistisch in einem streng religiösen, wenn nicht gar fundamentalistischen Sinne, was nicht negativ gemeint ist. Diese Milieus sind zwar heute weniger geworden, aber sie bestehen noch, in bestimmten Regionen sogar noch sehr intensiv.

Das wird hier nicht aus Eitelkeit berichtet, sondern es ist für die Untersuchung wichtig, weil ich während meines ganzen Lebens immer leidvoll empfand, dass im redaktionell gestalteten Bereich solche religiösen Standpunkte oder genauer: das religiöse Lebensgefühl im Westdeutschen Rundfunk kaum zum Ausdruck kommen (bis auf die vorgeschriebenen Gottesdienstübertragungen u.dgl.) Und wo es selten redaktionelle Sendungen über Religion, sind sie kritisch eben ÜBER Religion.

Warum ich so persönlich-erzählend schreibe? Es ist Methode!

(Davon abhängig sei betont, dass die Ergebnisse hier auch auf quantitativen Untersuchungen von Programmen und Zeitungen beruht, die heute über die Suchbefehle der Webseiten sehr erleichtert sind. Ohne daß ich aber in großen Graphiken und Tabellen das immer positivistisch-triumphalistisch herausstreichen würde, die Ergebnisse und Zahlennennungen fließen beiläufig ein und werden auch explizit angeführt, wenn erforderlich.)

Daß der WDR, insbesondere heute der WDR 5, so berichtet, wie er berichtet, ist als solches eigentlich nicht wichtig. Ich könnte ja abschalten oder über die neueren technischen Möglichkeiten Bayern hören (der mehr religiöse Sendungen bietet, ansonsten dem WDR 5 aber sehr ähnlich ist), und dann wäre das Problem für mich und auch für andere gelöst. Wenn es nur das wäre, würde ich nicht zur Feder greifen.

Aber meine Vermutung geht weiter: Ich befürchte, dass sich zwischen WDR, Unis und einem Teil der politischen Elite eine systematischer Art ähnlichen

Denkens entwickelt hat, das eben politisches Handeln in Berlin und in einigen, sozialdemokratisch regierten Landeshauptstädten bestimmt – und auch scheitern lässt, da hier in diesem Umkreis eine spezifische Art der Weltwahrnehmung vorherrscht, die auch aus den sozial- und geisteswissenschaftlichen Fachbereichen unserer Universitäten kommt. Ich will damit nicht behaupten, dass es nur ein Phänomen der „Linken“ oder besser der „Sozialliberalen“ ist, denn mehr ist die vorherrschende Linke ja heute nicht mehr.

Das Phänomen gibt es auch bei den Rechtsliberalen. Nur, dass diese Sozialliberalen auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften der Universitäten dominieren, und ihnen ein spezifisches Missions- und Aufklärungsstreben eigen ist, die Gesellschaft aufzuklären und (angeblich) Unterdrückte zu befreien, zu emanzipieren. Die Kulturszene in Deutschland wird hiervon beherrscht: nur Moderne und Postmoderne, die Vormoderne (z.B. Reinhold Schneider) wird ignoriert.

Die „Rechten“ oder besser, die „Rechtsliberalen“ in CDU und FDP (nicht so in der CSU) sind demgegenüber an den Universitäten nur an den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen überwiegend vertreten. Nebenbei: Die Rechten sind natürlich keine Rechtsextremen, wie die neueren, von der Linke lancierten Begriffsverwirrungen suggerieren und wie die von der Bundesregierung Schröder entwickelten Parole: „Kampf gegen Rechts“ unterstellt, sondern es sind die, die auf der rechten Seite des Parlamentsplenums sitzen. Und die Linken sitzen halt links. Wie gesagt, es gibt zwar auch – so die These - geistige Seilschaften zwischen Unis (Wirtschaftswissenschaften), insbesondere Zeitungen (Die Welt) und Teilen der Politik, aber sie ist nicht so dominant wie die Linke, wenn auch manchen Liberalen ein Aufklärungs-, Privatisierungs- und Liberalisierungsmissionarismus wie den Linken nicht abzusprechen ist. Denn die Rechtsliberalen der Wirtschaft sind im kulturellen Bereich auch linksliberal. Letztlich ist in Deutschland keine Konservative mehr *öffentlich* vorzufinden, die habe sich – vermeintlich - 1945 durch eine angebliche partielle und zeitweilige Kooperation mit dem Nationalsozialismus diskreditiert. (Darauf wird in diesem Buch auch eingegangen.) Aber sie sind da: im katholischen Sauerland, im evangelikalen Siegen, im pietistischen Süden, zumal in Bayern oder im Münsterland, oder in Sachsen, wo es auch Pegida gibt, usw.

Die Dominanz der Linksliberalen liegt also insbesondere daran, dass sie auch in dem sozialen Sektor vorherrscht, was man landläufig Kultur nennt: Bildhauerei, Malerei, Musik, Theater. Auch deshalb, weil das außeruniversitäre, mittelständische Bürgertum diese Art von Kultur bevorzugt.

Daß es derartig ein rechts- und ein linksliberales Lager in Wirtschaft und Politik Deutschlands (und anderer westeuropäischer Staaten) gibt, ist als solches nicht unbedingt negativ zu beurteilen. Es entspricht ja durchaus dem

Wechsel zwischen Regierung und Opposition in der Politik, was Gewaltenteilung ermöglicht und zu viel Macht beim Staat verhindert – und vor allem auch Kritik an der Regierung.

Jedoch ist dieses Prinzip der bipolaren Machtteilung nicht ganz auf den Medienbereich zu übertragen: Denn hier, wo wir alle mitreden können und dürfen (aber nicht müssen), wie auf dem Marktplatz im Dorf früher und heute technisch vermittelt über die Medien, soll jeder und jede zu Wort und zu Bild kommen: auch (rechte) Minderheiten, gerade sie. Deshalb soll die Öffentlichkeit alle Meinungen berücksichtigen (auch radikale), um einen offenen Gedankenaustausch zu gewährleisten, während die Politik hier auswählen muß und nur bestimmte mehrheitliche Belange vertreten kann, denn wenn sie es allen Recht machen will, käme sie gar nicht zum Handeln oder würde den Staat (noch mehr) in die Pleite treiben. Sie kann nicht die Belange aller vertreten, aber darf Minderheitenpositionen nicht beseitigen: das ist ja das Wesen der Garantie der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit in den Artikeln 1 und 5 des Grundgesetzes. Nur gewaltsam dieses Grundgesetz Bekämpfende darf man notfalls ins Gefängnis sperren, weil man allgemein weder Sachen beschädigen noch Menschen verletzen oder töten und morden darf; schon gegen die, die die Meinungsfreiheit im verfassungsfeindlichen Sinne missbrauchen, hat der liberale und freiheitliche Rechtsstaat des Grundgesetzes – der heutigen Stimmung zuwider wohlweislich nur geringe Möglichkeiten:

Verbot verfassungsfeindlicher Vereine und Parteien, bei Parteien nur durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG);

Entzug von Grundrechten, z.B. gegenüber einem Verleger, dessen Zeitung offensichtlich verfassungsfeindlich ist, auch nur durch das BVerfG; aber hier hört es schon auf.

Der Bürger darf sich sogar antidemokratisch äußern, wenn es nicht agitatorisch. Wir dulden ja auch die Marxisten hier. Deutschland ist kein Gesinnungsstaat.

Staatlich finanzierte Öffentlichkeitskampagnen wie „Kampf gegen rechts“ (natürlich nur gegen rechts!) sind verfassungspolitisch und verfassungsrechtlich fraglich und drohen das offene Meinungsklima unserer Öffentlichkeit einzuschränken: man traut sich dann nicht mehr zu sagen, dass ... (auch wenn es ganz harmlos ist). Die Diskussion darüber, ob nun Auschwitz einmalig war oder nicht, drängte alle Vertreter der Nicht-Einmaligkeits-These in ein diffuses und diffamiertes Dunkel, was für die Freiheit von Diskussionen nicht gut ist.

Die mentalen Seilschaften von links und zuweilen von rechts – das sei zum Schluß dieses Vorwortes festgehalten – widersprechen auf jeden Fall dem Prinzip, daß Öffentlichkeit offen sein muß, auch für die abstrusesten (Minderheiten-) Meinungen, wenn sie nicht gerade Individuen und Kollektive beleidigen oder Volksverhetzung betreiben. Das soll im Folgenden des

näheren erläutert werden.

Ehe wir jedoch dazu kommen, möchte ich einige Worte zu dem sagen, wie ich vorgehe, und zu dem, wie die „Wissenschaft“ normalerweise vorgeht. Dem will ich nämlich in keiner Weise entsprechen.

Alltag und Stammtisch als neue Wissenschaft

Ich will hier behaupten und verständlich machen, dass Wissenschaft partiell Teil der geistigen Seilschaften ist, von denen ich oben sprach. Das bedeutet aber auch: Wissenschaft kann nur sehr begrenzt das aufzeigen, was man (mit wie vielen Fragezeichen auch immer) als „Wahrheit“ bezeichnen will. Ich würde fast behaupten: Wissenschaft entfernt von dem, was wir landläufig unter „Wahrheit“, die Wirklichkeit um uns herum verstehen.

Wir sind doch sehr in unserer eigenen Zeit befangen und meinen uns über die Vorfahren erheben zu können, dass wir es besser wissen würden als die vor 100 oder 500 Jahre, über die wir lächeln. Aber werden nicht die in 100 Jahren über uns lächeln? Der Wissenschaft ist dieser Gedanke ganz fern, auch wenn hunderte von wissens- und wissenschaftssoziologischen Untersuchungen die zeitliche und soziale Bedingtheit von wissenschaftlichen Ergebnissen und von Wissen überhaupt aufgezeigt hat. Aber das wird im Alltag der Universität nicht berücksichtigt: Da zitiert man emsig, man spricht von der Vorläufigkeit der Ergebnisse im Vorwort, verweist noch auf Popper, und das war´s. Man lebt es nicht. Vielmehr werden die Ergebnisse zuweilen dogmatisiert: Oft sind sie ja das Lebenswerk eines Wissenschaftlers.

Dabei ist es schon in den Naturwissenschaften zweifelhaft, ob die Naturgesetze so gelten, wie wir uns das vorstellen. Einstein „widerlegte“ Newton oder sagte zumindest, dass Newton nicht überall gelte. Und was ist mit Einstein, wenn ein Großteil des Weltalls aus Schwarzen Löchern besteht, von denen wir gar nichts wissen? Und weiter: Ist es für uns Menschen überhaupt bedeutsam, dass sich der Raum nach Einstein krümmt? Geht hier nicht physikalisch-mathematisch konstruierende Kosmologie in Theologie über, allein wenn man die Begriffe wie „Urknall“ bedenkt, die die Entstehung des Universums erklären wollen?

In den Sozial- und Geisteswissenschaften sind die Ungewissheiten noch größer: Was ist hier schon richtig? Auch die Wissenschaft kann nicht entscheiden, ob nun der linke oder rechte Standpunkt richtiger ist. In den Wirtschaftswissenschaften streiten sich nun schon seit 80 Jahren Keynesianer und Klassiker, wer nun die Wahrheit gepachtet hat. Wer will da ein Urteil sprechen, wenn selbst die Professoren zu keinem Ergebnis kommen? Gegenwärtig sind viele Geistes- und Sozialwissenschaftler dabei, naturwissenschaftliche Methoden einzuführen (gerade, wo der Zweifel an den Naturwissenschaften wächst). Das heißt im einzelnen die Anwendung der

Methoden von Descartes, die die Zerlegbarkeit aller Lebensbereiche anstreben: Z.B. werden in der Politikwissenschaft neuerdings alle politische Bereiche in drei Unterbereiche zerlegt, so wie man in der Chemie alles in Moleküle zerlegt (Analysis), um sie dann wieder zusammenzufügen, zu synthetisieren – (so hofft man): und zwar in die politischen Unterbereiche politics (= politischer Interessenkampf), polity (= politische Verfassung) und policy (= politische Programme). Man fragt sich, was das soll, wenn man zuvor seit Aristoteles 2400 Jahre ohne dies ausgekommen ist und wenn man sieht, dass die drei Bereiche in Realität eins sind. Man kann es nur dadurch erklären,

- 1. dass man durch die Nachahmung naturwissenschaftlicher Verfahren angeblich an Präzision und dadurch an Ansehen gewinnen will, obwohl auch mit dieser neuen Methode die Prognosen sehr kläglich sind,**
- 2. dass die junge, erst seit den 50ern in der Bundesrepublik bestehende Politikwissenschaft insgesamt an Einfluß insbesondere auf die Politik gewinnen will, indem sie sich durch eine eigene, möglichst geheimnisvolle Fachsprache „professionalisiert“, und**
- 3. dass hier ein großes ABM-Projekt für Wissenschaftler und insbesondere die schönen neuen Kolleginnen grundgelegt wurde (nicht gewollt, aber im Effekt), und das ist leider nicht als Witzchen gemeint.**

Denn was ist die Folge einer Wissenschaft, die erst alles widernatürlich zerlegt, um es dann wieder zusammenzufügen, wenn man überhaupt je soweit wieder kommt? Nicht nur, daß man das, was man untersucht, zu zerstören droht, wie in der Naturwissenschaft (Atomspaltung, Umweltzerstörung) schon erfolgreich gelungen;

und nicht nur, dass man wie in der Familienforschung erst „Familie“ als „Produkt“ einer romantisch-literarischen „Konstruktion“ (= Erfindung) von biedermeierlichen Schriftstellern aus dem Bürgertum „dekonstruiert“, „entlarvt“, mit der Folge, dass man die Familie als überflüssig betrachtet und zu deren Zerfall mit beiträgt sondern auch, dass man dann als Folge dieser Zerlegungen und Dekonstruktionen Jobs für die an den Unis ausgebildeten Sozialarbeiter und Soziologen schafft, die dann die Familien wieder sozialpsychologisch zu flicken haben.

Tausende von ihnen finden ihren Beruf oder gar ihre Berufung darin, dass sie die schädlichen Konsequenzen des Familienzerfalls aufzufangen suchen: verwahrloste Kinder wieder in die Gesellschaft einfügen, oder schlichter. Erziehen; oder depressive, aber emanzipierte Frauen vom Selbstmord durch Betreuung abzuhalten; und den armen verlassenen Ex-Männer wieder Lebensmut zu spenden, da sie dem

Pfarrer nicht mehr glauben, der selbst infolge Theologiestudiums nicht mehr glauben kann. Usw. (Der erwähnte Vergleich mit dem ABM-Projekt ist nicht so falsch, denn wo sollen wir sonst mit den Arbeitslosen hin, die eine immer mehr mechanisierte Wirtschaft nicht mehr benötigt. Oder man gewöhnt die Leute wieder dran, wie in der Antike Arbeit als Last zu betrachten.)